

Nicolette Kressl, MdB

Zukunft Bildung und Betreuung

Was hat frühkindliche Bildung mit sozialer Gerechtigkeit zu tun?

Beitrag für die Zeitschrift *Diskurs*, Ausgabe 02/2006

„Lange Zeit wurde soziale Gerechtigkeit vorrangig unter Einkommens- und Vermögensaspekten diskutiert. Das heutige Verständnis von sozialer Gerechtigkeit orientiert sich hingegen zunehmend daran, ob den Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten verschafft werden, am ökonomischen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich selbst zu verwirklichen.“¹

Diese Feststellung im Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung besagt nicht, dass die sozialpolitische Absicherung von Lebensrisiken, die staatliche Fürsorge für Menschen in Notsituationen und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung durch Sozialleistungen der Solidargemeinschaft für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit hinfällig geworden wären. Die Autoren des Berichts weisen vielmehr darauf hin, dass die *aktivierende* Stoßrichtung von Sozialstaatlichkeit in einer von Globalisierung, Individualisierung und demografischem Wandel geprägten Wissensgesellschaft gerade auch unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit an Bedeutung gewonnen hat und weiter an Bedeutung gewinnen wird.

Wenn sich Rahmenbedingungen verändern und mitunter auch neue Antworten verlangen, so ist es ratsam, sich „alter“ Werte und Prinzipien zu vergewissern. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit war schon immer eng verknüpft mit dem Wert der Chancengleichheit. Das Prinzip der Chancengleichheit gehört seit jeher zum Kernbestand sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen. Die Sozialdemokratie war von Beginn ihrer Geschichte an eine Emanzipationsbewegung, die sozial, ethnisch oder geschlechtlich bedingten Determinismen in der Verteilung individueller Lebenschancen das Leitbild der Befähigung zur selbst bestimmten Lebensgestaltung auf der Grundlage von Chancengleichheit unabhängig von Herkunft oder Geschlecht entgegengesetzt. Die Herstellung gleicher Chancen auf soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe durch staatliche Institutionen ist aus sozialdemokratischer Sicht ein elemen-

¹ Lebenslagen in Deutschland, Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005, S. XIX.

tarer Imperativ sozialer Gerechtigkeit und zugleich eine wesentliche Bedingung für die „positive Freiheit“² jedes einzelnen zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung seiner Lebenschancen. Diese doppelte Ausrichtung auf die Ausweitung individueller Freiheitsräume ebenso wie auf die Sicherung einer gerechten Chancenverteilung durch staatliche Institutionen prägte sozialdemokratische Politik zu allen Zeiten und in allen Bereichen. Als normativer Kompass haben diese Prinzipien bis heute nicht an Aktualität eingebüßt.

Daher verwundert es auch nicht, dass angesichts des gesellschaftlichen Wandels (demografische Entwicklung, Pluralisierung von Familien- und anderen Lebensformen) und der ökonomischen Herausforderungen (Globalisierung und wirtschaftlicher Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft), denen sich Deutschland gegenüber sieht, die Bildungs- und Familienpolitik (wieder) verstärkt in den Mittelpunkt einer im oben skizzierten Sinne emanzipatorischen und sozial vorsorgenden Politik gerückt ist. Gute Bildung und Ausbildung ist ein wesentlicher Bestandteil individueller Persönlichkeitsentwicklung und die wichtigste Grundlage, die wir jungen Menschen für den Weg in und durch ihr Berufsleben mitgeben können. Ungleiche Bildungschancen entscheiden über die Verteilung der künftigen Chancen am Arbeitsmarkt – oder eben über die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung durch geringe Teilhabechancen. Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht zu vielen Frauen einen Strich durch ihre Lebens- und Karriereplanung, weil sie gezwungen werden, sich entweder für die Familienarbeit oder die Berufstätigkeit zu entscheiden. Von echter Chancengleichheit zwischen Mann und Frau kann so keine Rede sein. Mehr noch: Alle Statistiken zeigen, dass der fehlende Zugang gerade von Müttern zu eigenem Erwerbseinkommen ein zentrales Armutsrisiko für Familien, allein erziehende Frauen und Kinder darstellt.³ Zugleich weisen alle relevanten Studien von PISA⁴ über die Kinder- und Jugendberichte,⁵ die diversen Armutsstudien⁶ bis

² Berlin, Isaiah (1958): Two Concepts of Liberty, An Inaugural Lecture Delivered Before the University of Oxford on 31 October 1958, im Internet unter: <http://www.hss.bond.edu.au/phil12-205/Berlin%20Liberty2.pdf>

³ Vgl. Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Bundestags-Drucksache 16/1360, Berlin 2006, S. 165ff.

⁴ OECD (2003): PISA – Programme for International Student Assessment: Schülerleistungen im internationalen Vergleich. Im Auftrag der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (im Internet unter: <http://www.mpig-berlin.de/pisa>).

⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bundestags-Drucksache 15/6014, Berlin.

⁶ Vgl. Lebenslagen in Deutschland, a.a.O.; vgl. auch die Analysen aus der AWO-ISS-Längsschnittstudie „Kinderarmut“.

zum 2006 erstmals vorgelegten Nationalen Bildungsbericht von Bund und Ländern⁷ darauf hin, dass – und hier schließt sich der Kreis zurück zur Bildungspolitik – Kinder aus sozial benachteiligten Familien geringere Bildungs- und entsprechend schlechtere Zukunftschancen haben. Armut wird sozial vererbt: „Bildung verhindert Armut – Armut verhindert Bildung“.⁸

Die Verbesserung von Chancengleichheit durch nachhaltige Bildungs- und moderne Familienpolitik ist somit wesentliches Gebot einer vorsorgenden Politik sozialer Gerechtigkeit. Zugleich ist sie aber auch ökonomisch notwendig. Denn gut ausgebildete Menschen sind das wichtigste Kapital unseres rohstoffarmen Landes. Gute Bildung und Weiterbildung, aber auch die bessere Ausschöpfung des Erwerbspersonenpotenzials durch Erhöhung der Erwerbschancen von Frauen, werden vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Globalisierung zur Voraussetzung für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft und für die langfristige Stabilität der sozialen Sicherungssysteme.

Ich versuche in diesem Beitrag zu veranschaulichen, dass eine aktivierende, befähigende und am Prinzip der Chancengleichheit orientierte Bildungs- und Familienpolitik sowohl ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit als auch der ökonomischen Vernunft darstellt. Hierzu werde ich die beiden Bereiche Bildung und Familie jeweils unter dem normativen Blickwinkel der Chancengleichheit beleuchten, sie auf ihre (potenziellen) Beiträge für eine sozial gerechte Gesellschaft hinterfragen und Aufgaben einer zukunftssichernden Bildungs- und Familienpolitik identifizieren. Anschließend werde ich mit dem Thema der vorschulischen Bildung und Betreuung den Handlungsbedarf in einem Teilbereich vorsorgender Bildungs- und Familienpolitik konkretisieren. Meine Schlussfolgerung lautet, dass in der engen Verzahnung der Politikfelder Bildung, Familie, Wirtschaft, Arbeit und Soziales die einzig zukunftsfähige Antwort auf die ökonomischen und demografischen Herausforderungen liegt, vor denen Gesellschaft und Unternehmen am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen.

⁷ Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG.

⁸ Huster, Ernst-Ulrich (2006): Bildung verhindert Armut – Armut verhindert Bildung, in: AWO Bundesverband e.V. (Hrsg.): Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung. Bausteine einer sozialen Bildungspolitik, Essen: Klartext Verlag, S. 264-273.

Bildungspolitik – alte Ziele, neue Aufgaben

Wenn es um die Befähigung von Menschen zu selbstbestimmter Lebensführung in aktiver Freiheit geht, spielt Bildung naturgemäß eine Schlüsselrolle. Dabei geht es um mehr als nur formal zertifizierbare Qualifikationen. Es geht in einem viel grundlegenden und umfassenderen Sinne um die nachhaltige Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln in unterschiedlichen und sich über Zeit dynamisch verändernden sozialen, ökonomischen und kulturellen Kontexten. Ein weites Bildungsverständnis umfasst das, was im Nationalen Bildungsbericht als Entwicklung „individueller Regulationsfähigkeit“⁹ bezeichnet und im Zwölften Kinder- und Jugendbericht als umfassender Prozess der Persönlichkeitsentwicklung und „Weltaneignung“ zur Ausprägung kultureller, instrumenteller, sozialer und personaler Kompetenzen beschrieben wird.¹⁰ In diesem Sinne ist Bildung eine entscheidende Grundlage für individuelle Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe, die über die reine Frage nach Arbeitsmarktchancen weit hinaus geht.

Bildungspolitisch konnte in den vergangenen Jahrzehnten einiges erreicht werden. Die „Bildungsexpansion“, angestoßen nicht zuletzt durch die sozialdemokratische Bildungspolitik der 1970er Jahre, zeigte ihre Wirkung. Die Bildungsbeteiligung und das allgemeine Bildungsniveau in der Breite der Bevölkerung ist gestiegen. Bei den Abschlüssen der Sekundarstufe II nimmt Deutschland inzwischen fast „traditionell“ eine Spitzenstellung im internationalen Vergleich ein: 84 Prozent der 25- bis 64-jährigen verfügen über Abitur oder eine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Akademikeranteil an der erwerbstätigen Bevölkerung hat sich seit den 1950er Jahren mehr als verdreifacht. Die Studienanfängerquote hat sich seit 1980 nahezu verdoppelt und lag im Jahr 2004 bei 37 Prozent.¹¹ Auch die Chancengleichheit im Bildungssystem hat sich insgesamt verbessert, vor allem hinsichtlich ehemals konfessioneller, regionaler und geschlechtsspezifischer Unterschiede.¹² Mit am augenfälligsten trifft dies auf die Bildungschancen von Frauen zu. Inzwischen halten diese sowohl bei

⁹ Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 2.

¹⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, a.a.O., S. 86ff.

¹¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung / Kultusministerkonferenz (2006): OECD-Veröffentlichung "Bildung auf einen Blick". Wesentliche Aussagen in der Ausgabe 2006, Berlin 12.09.2006; vgl. auch Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 105f.

¹² Vgl. Allmendinger, Jutta / Nikolai, Rita (2006): Bildung und Herkunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44-45/2006, S. 32-38, hier S. 33.

den allgemeinen als auch den beruflichen Bildungsabschlüssen klar mit den Männern mit.¹³

Und dennoch besteht in einigen Bereichen weiterhin erheblicher Nachholbedarf. Der internationale Wettbewerbsdruck im Bildungsbereich ist größer geworden. Andere Länder agieren teilweise deutlich dynamischer, etwa mit Blick auf die Hochschulbildung oder die Weiterbildung.¹⁴ Das Kürzel „PISA“ ist zum Synonym für den Reformbedarf unserer Schulen geworden.¹⁵ Rund zehn Prozent der Jugendlichen verlassen die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss. Rund 15 Prozent der 20-29-Jährigen bleiben ohne Ausbildung.

Jugendliche aus sozial schwächeren Elternhäusern sind von diesen Defiziten überproportional stark betroffen. Denn nach wie vor gilt, dass der negative Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschance in kaum einem vergleichbaren Land so stark ausgeprägt ist wie in Deutschland. Der Nationale Bildungsbericht stellt fest: „Herkunftsbedingte Bildungsdisparitäten zeigen sich nahezu in allen Bildungsbereichen und in allen Phasen des Lebenslaufs.“¹⁶

Als entscheidende Selektionshürde erweist sich dabei vor allem der Übergang von der Grundschule in den Sekundarbereich I, der eine wesentliche Vorentscheidung über die weiteren Bildungschancen darstellt. Die Chance, an dieser Stelle den Übergang auf ein Gymnasium zu schaffen, ist für Kinder aus Familien der „höchsten Sozialschicht“ viermal größer als für Facharbeiterkinder. Diese sind im Gegenzug wiederum in den Hauptschulen deutlich überrepräsentiert, während lediglich sechs Prozent der Arbeiterkinder ein Hochschulstudium aufnehmen. Gleichzeitig sind die Chancen auf eine duale oder vollzeitschulische Berufsausbildung gerade für Hauptschulabgänger erheblich schwieriger geworden. Nicht einmal die Hälfte schafft einen bruch-

¹³ Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 26f.

¹⁴ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung / Kultusministerkonferenz (2006): OECD-Veröffentlichung "Bildung auf einen Blick", a.a.O.

¹⁵ Vgl. OECD (2003): PISA – Programme for International Student Assessment: Schülerleistungen im internationalen Vergleich, a.a.O.

¹⁶ Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 26; In besonderer Weise gilt dies für die ungleichen Bildungschancen von Menschen mit Migrationshintergrund, deren Bildungsverläufe im Bildungsbericht erstmals gesondert ausgewertet wurden. Die Ergebnisse dieser Auswertung verdeutlichen einmal mehr die Schlüsselrolle von Bildung für erfolgreiche Integrationspolitik. Aus Platzgründen wird auf diese Thematik hier nicht gesondert eingegangen.

losen Übergang in Ausbildung. Die traditionelle Leistung des dualen Systems, auch bildungsschwächere Gruppen in die berufliche Bildung zu integrieren, bröckelt.¹⁷

Die ungleiche Chancenverteilung im Bildungssystem wirkt sich auf die jeweiligen Chancen in späteren Lebensphasen aus und schlägt sich in den individuellen Erwerbsperspektiven und Armutsrissen entsprechend nieder.¹⁸ Alle Befunde zeigen: Je niedriger die Qualifikation, desto höher das Arbeitslosigkeits- und Armutsrisko, während Akademiker mit Abstand der geringsten Gefahr ausgesetzt sind, erwerbslos zu werden. Mit höherer Qualifikation sinken aber nicht nur die Risiken. Es steigen vor allem auch die individuellen Chancen – auf Teilhabe und Selbstverwirklichung, auf höhere Einkommen, soziales Prestige, bildungsadäquate Beschäftigung, günstigere Arbeitsbedingungen und größere Autonomie.¹⁹

Die positiven wie negativen Zusammenhänge zwischen Bildung und Lebenschancen werden sich in Zukunft weiter verstärken. Im Zuge des andauernden wirtschaftlichen Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft steigen die Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt weiter an. Im Dienstleistungssektor liegt der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten signifikant höher als in der Industrie. Prognosen gehen davon aus, dass der Akademiker/innen-Bedarf der Wirtschaft weiter zunehmen wird, während der Anteil geringfügig qualifizierter Beschäftigung sinkt.²⁰

Das heißt im übrigen auch, dass die Bedeutung von Bildung nicht nur mit Blick auf die individuellen Zukunftschancen jedes und jeder einzelnen weiter steigen wird. Die Kombination aus demografischer Entwicklung und ökonomischem Strukturwandel führt dazu, dass die weitere Verbesserung des Bildungsniveaus insgesamt auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten immer relevanter wird, um Deutschland als Wirtschaftsstandort international wettbewerbsfähig zu halten und Wohlstand und Beschäftigung auch längerfristig zu sichern. Aus Platzgründen kann hier nicht näher auf den Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Wirtschaftswachstum eingegangen werden. Aber wenn es in den kommenden Jahren nicht gelingt, alle jungen

¹⁷ Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 80ff.; vgl. auch Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2004): Bildung und Lebenslagen. Auswertungen und Analysen für den Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

¹⁸ Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 80ff.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 182ff.; Lebenslagen in Deutschland, a.a.O. S. 98ff.; „Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit“, in: IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 9/2005 (im Internet unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb0905.pdf>).

Menschen in berufliche Qualifizierung zu bringen (sei es im dualen Ausbildungssystem oder in den Hochschulen), wird die deutsche Wirtschaft mittelfristig unter einem schmerzlichen Fachkräfte- und Akademikermangel leiden, der die Innovationskraft Deutschlands auch längerfristig erheblich beeinträchtigen kann. Aus diesem Grund ist die weitere Leistungssteigerung des Bildungssystems bei gleichzeitiger Verbesserung der Chancengleichheit nicht nur eine soziale, sondern eben auch eine ökonomische Frage.

Die bildungspolitische Agenda ist vielfältig: Gelingt es, Schülerinnen und Schüler besser individuell zu fördern? Schaffen es die Unternehmen, ein bedarfsgerechtes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen? Können die Hochschulen in die Lage versetzt werden, ihre Aufnahmekapazitäten an die steigende Studienplatznachfrage ohne Qualitätsverlust anzupassen? Wie kann die Durchlässigkeit zwischen den Säulen des Bildungssystems verbessert werden? Welche Ansätze sind notwendig, um Weiterbildung und Lebenslanges Lernen zu stärken?

Neben der Entwicklung adäquater Lösungen für diese Fragen, wird es entscheidend darauf ankommen, inwieweit es gelingt, die frühe soziale Selektion im Bildungssystem zu überwinden, um allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungs- und Qualifizierungschancen zuteil werden zu lassen. Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass Bildung stärker als bislang als lebenslanger Prozess verstanden werden muss, der bereits mit der Geburt beginnt, und für dessen Erfolg einer besseren, individuellen und frühzeitigen Förderung von Kindern gerade aus sozial benachteiligten bzw. bildungsferneren Elternhäusern eine Schlüsselrolle zukommt. Sie benötigen entsprechende Förderangebote ganz besonders, da ihre Eltern nicht selten mit der kindgerechten Ausübung ihrer Bildungs- und Erziehungsaufgaben überfordert sind und ihren Kindern nicht die erforderliche unterrichtsbegleitende Unterstützung geben (können). Die „stillschweigende Annahme einer allseits zeitlich belastbaren, umfassend verlässlichen und alltagskompetenten Familie“²¹ erweist sich zumindest in ihrer Absolutheit als Illusion.

Vor diesem Hintergrund setzt sich in der bildungspolitischen Debatte zunehmend die Erkenntnis durch, dass zum einen an den Schulen mehr Raum und Zeit für individu-

²⁰ Vgl. „Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu?“, in: IAB Kurzbericht, Nr. 9/2003 (im Internet unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2003/kb0903.pdf>).

²¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, a.a.O., S. 18.

elle Unterstützungs- und Förderangebote geschaffen werden müssen, insbesondere im Rahmen von Ganztagschulen. Zum anderen wird zunehmend erkannt, dass auch die vorschulische Betreuungsinfrastruktur ausgebaut und der Bildungsauftrag der Betreuungseinrichtungen gestärkt werden müssen.

Beide Zielsetzungen stellen aus bildungspolitischer Sicht wichtige Schritte auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit im Bildungssystem dar. Zugleich gehören sie aber auch zu den neuen Aufgaben einer zeitgemäßen Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus sozialen wie ökonomischen Gründen in den Vordergrund rückt.

Familienpolitik – neue Aufgaben und Ziele

Die gesellschaftliche Wahrnehmung von Aufgaben und Zielen der Familienpolitik in Deutschland hat sich ebenso wie deren eigener Anspruch in den letzten Jahren spürbar gewandelt. In den ersten fünf Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland war die Familienpolitik einerseits geprägt von einer überwiegend finanziellen Förderung von Familien und andererseits von einem Familienbild mit allein verdienendem Vater und der nicht erwerbstätigen oder maximal und aus finanziellen Gründen teilzeitbeschäftigten Mutter („männliches Ernährermodell“). Das Ergebnis dieser Prägung war eine Vielzahl insbesondere finanzpolitischer sowie sozialversicherungsrechtlicher Förder- und Ausgleichstatbestände mit der Zielsetzung, eine Lebensführung entsprechend dem zugrunde gelegten Familienbild zu ermöglichen bzw. zu unterstützen.

Die Lebenswirklichkeit einer großen Zahl von Eltern und Kindern hat sich von diesem eindimensionalen Familienbild und seinen familienpolitischen Folgerungen aber mehr und mehr entfernt. Heute besteht eine Vielfalt unterschiedlicher Familienformen. Zwar wächst die Mehrheit der Kinder noch immer in einer Familie mit dem leiblichen Vater und der leiblichen Mutter auf. Die Zahl der Familien mit einer allein erziehenden Mutter und – seltener – einem allein erziehenden Vater, steigt aber ebenso kontinuierlich wie die Zahl der Patchwork-, Stief- sowie Adoptiv- und Pflegefamilien.

Auch die Wünsche der Familienmitglieder haben sich verändert: Die Qualifikation von Frauen ist in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gestiegen. Die große Mehrheit

der Mütter möchte erwerbstätig sein. Eine zunehmende Zahl von Männern möchte Vater nicht nur werden, sondern auch praktisch sein. Aber nach wie vor gilt, dass sich insbesondere Frauen entweder für die Familie *oder* für den Beruf entscheiden müssen.

Die Bildungschancen und das Bildungsniveau der Frauen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten jenen der Männer weitgehend angeglichen. Beim Erwerb der Hochschulreife liegen die jungen Frauen sogar vorne. Doch bereits bei der Studierneigung fallen sie gegenüber den jungen Männern mit Abitur wieder leicht zurück (dass sich die Studienanfängerquoten dennoch weitgehend paritätisch verteilen, ist wiederum auf die höhere Abiturientinnenquote zurückzuführen).²² In eklatanter Weise äußern sich die Chancenunterschiede zwischen Männern und Frauen allerdings mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung. Der Anteil an Nichterwerbspersonen ist unter Frauen doppelt so hoch wie bei den Männern. Selbst bei gleicher Qualifikation sind Frauen seltener erwerbstätig.²³ Die Gleichstellung, die im Bildungssystem weitgehend umgesetzt werden konnte, ist in der Familien- und Erwerbsrealität von Frauen noch immer nicht adäquat angekommen.

Problematisch ist dies nicht nur unter Gleichstellungsgesichtspunkten, sondern auch im Hinblick auf die familiäre Einkommenssituation. Die Sozialforschung weist nach, dass Kinder, deren Eltern beide erwerbstätig sind, mit geringerer Wahrscheinlichkeit in einer prekären Einkommenssituation aufwachsen als Kinder aus Alleinverdienerfamilien. Besonders benachteiligt sind Alleinerziehende, von denen 85 Prozent Frauen sind. Das Armutsrisiko von Alleinstehenden erhöht sich signifikant, sobald sie die Verantwortung für ein Kind zu tragen haben. Die „jährlichen Eintrittsraten“ in eine Armutslage erreichen bei Alleinerziehenden rund das Sechsfache des allgemeinen Durchschnitts. Gleichzeitig fällt es Alleinerziehenden schwerer, sich aus einer Armutssituation wieder zu befreien bzw. nach Überwindung einer Armutslage nicht wieder in Armut zurückzufallen. Vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Kinder, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, in den vergangenen vierzig Jahren kontinuierlich gestiegen ist, erhält diese Problematik eine doppelte Brisanz. Als wesentliche

²² Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland, a.a.O., S. 105ff.

²³ Vgl. ebd., S. 183.

Ursache für das erhöhte Armutsrisiko gilt die überdurchschnittliche Erwerbslosigkeit gerade von alleinerziehenden Frauen.²⁴

All diese Veränderungen und Problemlagen waren Auslöser eines grundlegenden Paradigmenwechsels in der Familienpolitik. Es gilt, neue Fragen zu beantworten: Ist eine wirkliche Wahlfreiheit für unterschiedliche Familienmodelle gewährleistet? Werden Kinder ergänzend - ggf. auch ersetzend - zur Familie bestmöglich gefördert? Werden Eltern im Lebensverlauf ihrer Familie transparent, gezielt und effektiv unterstützt? Wird die Entscheidung für Kinder erleichtert? Wird es Eltern ermöglicht, sich für Familie *und* Beruf zu entscheiden?

In der Konsequenz tritt an die Stelle einer eindimensionalen finanziellen Förderung als Leitbild einer zukunftssichernden Familienpolitik immer deutlicher ein Dreiklang aus neu ausgerichteten monetären Förderinstrumenten (z.B. Elterngeld²⁵), einer aktiven Zeitpolitik für Familien sowie einem quantitativ wie qualitativ bedarfsdeckenden, d.h. gegebenenfalls ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebot für Kinder mindestens bis zum 12. Lebensjahr hervor.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu einem Schlüsselthema moderner Familienpolitik geworden. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für *beide* Partner entspricht den Lebensentwürfen junger Männer und Frauen ebenso wie sie für beide eine unabdingbare Voraussetzung für eine gerechtere Chancenverteilung für den künftigen Lebens- und Karriereweg ist. Bessere Vereinbarkeit bringt ein plus an Freiheit der individuellen Lebensgestaltung, aber auch ein plus an Zukunftssicherheit, weil sie für beide Partner die Option auf ein dauerhaft qualifikationsadäquates Erwerbseinkommen als Basis einer eigenständigen Sicherung des Lebensbedarfs erhöht. Und sie ist ein wichtiger Beitrag zur Senkung der Kinderarmut.

Wie aus bildungspolitischer Sicht, so wird die Frage von Ganztagschulen und ganztägigen vorschulischen Betreuungsangeboten daher auch aus familienpolitischer Perspektive zu einem wichtigen Element einer auf Chancengleichheit und Nachhaltigkeit ausgerichteten Neuorientierung.

²⁴ Vgl. Siebter Familienbericht, a.a.O., S. 165ff.; vgl. auch Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? Die DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim/Basel: Beltz Verlag, S. 188ff.

²⁵ Informationen zum Elterngeld unter <http://www.kressl.de/elterngeld>

„Zukunft Bildung und Betreuung“

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war es daher nur schlüssig und konsequent, das Thema „Bildung und Betreuung“ zu einem wichtigen Baustein einer neu ausgerichteten Bildungs- und Familienpolitik zu machen. Mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG), das bis zum Jahr 2010 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren vorsieht, und dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“, mit dem der Bund den Ländern insgesamt vier Milliarden Euro zum Ausbau von Ganztagschulen zur Verfügung stellt, hat die SPD bereits sichtbar neue Prioritäten an der Schnittstelle moderner Bildungs- und Familienpolitik gesetzt und den schon bestehenden Rechtsanspruch für die drei bis sechsjährigen Kinder auf einen Betreuungsplatz um Maßnahmen zum Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für jüngere wie ältere Kinder ergänzt.

Dabei wollen und werden wir es aber nicht belassen. Auf Bundesseite haben wir das Ziel, das Betreuungsangebot im vorschulischen Bereich bedarfsdeckend auszubauen, zu einem politischen Schwerpunkt gemacht. Nach wie vor bestehen hier große Defizite. Vor allem in Westdeutschland liegt noch kein ausreichendes Betreuungsangebot vor. Im wesentlichen lassen sich drei Handlungsfelder identifizieren:

- Im Bereich der *unter dreijährigen Kinder* können wir in Deutschland derzeit von einer Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung von 11,7 Prozent (Westdeutschland: 7 Prozent) ausgehen, dazu kommen knapp zwei Prozent der Kinder, die in öffentlicher Tagespflege sind. Eine bedarfsdeckende Versorgungsquote für die unter Dreijährigen wird für Westdeutschland auf mind. 20 Prozent geschätzt.
- Für die Eltern älterer *Kinder zwischen drei und sechs Jahren* gibt es zwar die Verlässlichkeit des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz - allerdings nur für vier Stunden täglich. Hier fehlt es also insbesondere für vollzeitberufstätige Eltern noch am richtigen Ausmaß an Verlässlichkeit sowie an der nötigen Flexibilität. Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht hält zur tatsächlichen Bedarfsdeckung in diesem Bereich eine Anhebung des Anteils von Ganztagsplätzen von derzeit 24% auf 50% für erforderlich.
- Für die Frage der Akzeptanz und der sozialen Integrationsfähigkeit des öffentlichen Betreuungsangebots werden in zunehmenden Maße aber auch *qualitative*

Fragen - nämlich nach der Kompetenz der Einrichtungen im Bereich der frühkindlichen Bildung - wichtig. Dies betrifft neben der Finanzierung und Ausstattung der Einrichtungen natürlich auch die erforderliche Qualifikation der Mitarbeiter/innen. Denn je stärker der Aspekt der frühkindlichen Bildung in die Aufgabenbeschreibung von Kindertageseinrichtungen eingeht, umso mehr stellt sich natürlich auch die Frage nach der pädagogischen Qualifikation des beschäftigten Personals. Und schließlich geht es um Fragen der organisatorischen und inhaltlichen Verzahnung mit dem Grundschulbereich.

Die SPD wird den eingeschlagenen Weg in der frühkindlichen Bildung und Betreuung mit klaren Akzentsetzungen in den kommenden Jahren weiter gehen. Neben Fragen der Qualitätssicherung geht es dabei insbesondere um die Beschleunigung des Betreuungsausbaus für unter dreijährige Kinder und um den Ausbau der ganztägigen Betreuung für die Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen.

Resümee

Ich habe in diesem Artikel versucht, plausibel zu machen, welche Bedeutung einer vorausschauend gestaltenden Bildungs- und Familienpolitik zukommt, um sozial gerechte, ökonomisch sinnvolle und langfristig nachhaltige Antworten auf die sozioökonomischen Herausforderungen zu geben, denen sich unser Land gegenüber sieht. Meine Schlussfolgerung lautet, dass es künftig sowohl unter sozialen als auch unter ökonomischen Gesichtspunkten immer mehr darauf ankommen wird, Politikbereiche wie Bildung, Familie, Wirtschaft und Arbeit in ihren gegenseitigen Bezügen und Interdependenzen wahrzunehmen, zu bewerten und zu gestalten.

Als ein Gestaltungsfeld habe ich das Thema frühkindlicher Bildung und Betreuung exemplarisch herausgegriffen und konkrete Handlungsansätze identifiziert. Ich bin auf dieses Thema nicht nur deshalb näher eingegangen, weil es derzeit in den öffentlichen Debatten eine größere Rolle spielt, sondern vor allem auch deshalb, weil hier der politikfeldübergreifende Charakter zukunftsichernder Lösungsansätze besonders augenfällig zum Ausdruck kommt. Politisch wird eine zentrale Herausforderung darin bestehen, die notwendige Koordinierung und Verzahnung der verschiedenen Politikfelder zu leisten, zumal dies auch die Abstimmung unterschiedlicher Akteure auf den verschiedenen Ebenen unseres föderalen Systems mit ihren teilweise äußerst heterogenen Funktionslogiken und Interessenlagen erfordert.

Die SPD diskutiert derzeit im Zuge der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms das Konzept des „vorsorgenden Sozialstaats“, der dadurch vorsorgt, „indem er alles unternimmt, um zu verhindern, dass soziale Notlagen überhaupt erst entstehen.“²⁶ Auch in diesem Sinne ist eine nachhaltige Bildungspolitik, die alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zur freien Persönlichkeitsentfaltung befähigt, und eine zukunftsichernde Familienpolitik, die neben zeitgemäßen finanziellen Förderinstrumenten eine bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur zur Verfügung stellt und sich um eine familienfreundlichere Gestaltung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensumfelder kümmert, die adäquate Ergänzung traditioneller sozialstaatlicher Instrumente und wesentlicher Bestandteil einer vorsorgenden Politik sozialer Gerechtigkeit.

²⁶ Vgl. Beck, Kurt / Müntefering, Franz / Struck, Peter (2006): Der Vorsorgende Sozialstaat. Impulspapier zur Programmkonferenz „Der Vorsorgende Sozialstaat“ am 25. November 2006, S. 1.

Literatur (Auswahl)

Allmendinger, Jutta / Nikolai, Rita (2006): Bildung und Herkunft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44-45/2006, S. 32-38.

Beck, Kurt / Müntefering, Franz / Struck, Peter (2006): Der Vorsorgende Sozialstaat. Impulspapier zur Programmkonferenz „Der Vorsorgende Sozialstaat“ am 25. November 2006

Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? Die DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim/Basel: Beltz Verlag.

AWO Bundesverband e.V. (Hrsg.) (2006): Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung. Bausteine einer sozialen Bildungspolitik, Essen: Klartext Verlag.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bundestags-Drucksache 15/6014, Berlin.

Konsortium Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG.

Lebenslagen in Deutschland, Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2005.

OECD (2003): PISA – Programme for International Student Assessment: Schülerleistungen im internationalen Vergleich. Im Auftrag der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (im Internet unter: <http://www.mpig-berlin.de/pisa>).

Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Bundestags-Drucksache 16/1360, Berlin 2006.

Biografischer Vermerk

Nicolette Kressl, MdB, geb. 1958; Studium an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart; nach Referendariat und Zweitem Staatsexamen Berufstätigkeit als Gewerbeschullehrerin; seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Rastatt/Baden-Baden; 1994-2002 Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages; seit 2002 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie Bildung und Forschung. Kontakt: nicolette.kressl@bundestag.de; Internet: www.kressl.de.